

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Julika Sandt

Abg. Eva Gottstein

Staatsminister Dr. Hans Reichhart

Erster Vizepräsident Karl Feller: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Steuerliche Anerkennung für das Ehrenamt (Drs. 18/2348)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)

Bayerisches Ehrenamt schützen und fördern (Drs. 18/2376)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Josef Zellmeier. Herr Abgeordneter Zellmeier, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pfingstferien stehen uns erfreulicherweise bevor; die Sommerferien sind nicht mehr weit weg. Eines ist klar: In diesen Ferien werden Kindern und Jugendlichen wieder viele Angebote gemacht. Dabei handelt es sich um Ferienprogramme von Pfarreien, Pfadfindern, Sportvereinen, der Landjugend und wem auch immer. Es gibt viele Träger, die im Ehrenamt Freizeiten für Kinder und Jugendliche organisieren. Ich selber war viele Jahre Vorsitzender des Kreisjugendrings und weiß, wie wichtig diese Ferienprogramme sind. Ich weiß, wie viele Eltern sowie Kinder und Jugendliche auf die Angebote warten. In dieser Qualität und Vielfalt ist das Angebot nur möglich, wenn ehrenamtliche Helfer Unterstützung leisten, als Betreuer fungieren, Konzepte erstellen und dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche in den Ferien Erlebnisse haben, die sie sonst nicht hätten. Sie sitzen am Lagerfeuer, singen zur Gitarre und fahren mit dem Kanu. Sie erleben Gemeinschaft und Kameradschaft. Das Sozialverhalten wird gestärkt und verbessert. Sie eignen sich Kompetenzen in der Gemeinschaft an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist unser Antrag so wichtig. Wir wollen, dass der Bund das Ehrenamt steuerlich stärker unterstützt. Wir wollen, dass der Übungsleiterfreibetrag von 2.400 Euro auf 3.000 Euro und die Ehrenamtspauschale von 720 Euro auf 840 Euro erhöht wird. Das ist schon lange notwendig. Die letzte Anpassung ist schon einige Jahre her. Sie wurde mittlerweile durch die Inflation aufgefrischt. Wir wollen die Leistungsträger aus der Mitte der Gesellschaft entlasten; denn diese sind es, die in der großen Masse ehrenamtliche Tätigkeit leisten. Das sind nicht nur junge Erwachsene oder Senioren. Es sind gerade die Altersgruppen zwischen 30 und 60 Jahren, die ehrenamtlich tätig sind. In Bayern engagieren sich besonders viele Menschen ehrenamtlich. Bayern ist das Land des Ehrenamtes. Rund 37 % engagieren sich in Sportvereinen, knapp ein Viertel in der Kirche und in kirchlichen Verbänden und 18 % in Hilfsorganisationen wie der Caritas, dem Roten Kreuz, der Feuerwehr, dem Malteser Hilfsdienst und vielen anderen mehr.

Wenn wir die steuerlichen Freibeträge erhöhen, sorgen wir auch dafür, dass bürokratische Hemmnisse abgebaut werden. Ehrenamtliche brauchen nicht detailliert auflisten, welche Ausgaben sie hatten. Sie können eine steuerfreie Pauschale erhalten. Für die Vereine und Organisationen ist das die einfachste und unbürokratischste Lösung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort Ehrenamt besteht aus den Wortbestandteilen Ehre und Amt. In der Vergangenheit war es in der Regel eine Ehre, ein Amt auszuüben. Die Verpflichtungen waren überschaubar. Heute hat sich das deutlich geändert. Das Amt ist in der Regel eine große Aufgabe, und die Ehre besteht vor allem darin, die Anforderungen der Allgemeinheit, der Eltern oder Vereinsmitglieder zu erfüllen. Das gilt für pädagogische Konzepte und Haftungsansprüche. Außerdem müssen Auflagen von der Lebensmittelhygiene bis zur Verkehrssicherungspflicht erfüllt werden. Diese Punkte haben früher kaum eine Rolle gespielt, weil man sich einig war. Es gab wenig Kritik. Wenn etwas passiert ist, hat man es selbst geregelt. Heute ist das anders. Heute werden Rechtsanwälte eingeschaltet. Was noch hinzu kommt: Manche Vorschriften sind verschärft worden.

Deshalb ist es gut, wenn wir die Ehrenamtlichen anerkennen und entlasten. Ehrenamtliche opfern nicht nur Zeit, sondern sehr oft auch eigenes Geld, wenn sie ihre Fahrtkosten selbst tragen oder Kindern und Jugendlichen bei Veranstaltungen ein Eis spendieren. Deshalb müssen wir Ehrenamtliche motivieren und auch der jungen Generation damit ein Vorbild geben. Eine Unterstützung für Ehrenamtliche sind die Freibeträge für Honorare von Übungsleitern, Trainern in Sportvereinen, Betreuern von Ferienlagern und anderen. Die Ehrenamtspauschale deckt den bürokratischen Aufwand der Vereine und Verbände ab, die nicht unbedingt ausbildend tätig sein müssen. Die Ehrenamtspauschale wurde zuletzt im Jahre 2013 mit dem Ehrenamtsstärkungsgesetz – ich habe es gesagt – erhöht. Nach sechs Jahren ist eine Anpassung überfällig. Die Ehrenamtspauschale ist auch erst im Jahr 2007 eingeführt worden. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die Landtagsfraktion haben diese immer begrüßt und vorangetrieben. Dieser Freibetrag hat zur Entlastung geführt und es den Vereinen ermöglicht, Ausgaben pauschal abzudecken.

Das Ehrenamt stärkt die Demokratie. Ohne Ehrenamtliche wären wir in der Demokratie nicht da, wo wir sind. Das Ehrenamt soll jedoch nicht staatliche Pflichtleistungen oder hauptamtliche Arbeiten ersetzen. Es soll ergänzen und Kreativität sowie zusätzliche Qualität einbringen. Freiwilligkeit ist etwas anderes, als staatliche Vorgaben zu erfüllen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ehrenamt ist auch Teil unserer Leitkultur, der Subsidiarität. Wir haben es ausdrücklich im Integrationsgesetz geregelt und hineingeschrieben. Deshalb darf ich Ihnen eines sagen: Wir sollten dem Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER zustimmen und damit das Ehrenamt fördern.

In der Vergangenheit haben wir vieles gemacht. Dazu zählen die Ehrenamtskarte, das Ehrenzeichen des Bayerischen Ministerpräsidenten, die Haftpflichtversicherung für Ehrenamtliche und vieles mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus folgendem Grund sollten wir den AfD-Antrag ablehnen. Zum einen sind die Erhöhungen unrealistisch, zum anderen werden Maßnahmen wie die Haftpflichtversicherung gefordert, die es schon gibt. Seit vielen Jahren lautet das Motto des Ehrenamts: Für mich, für dich, für alle. Damit die Ehrenamtlichen für mich, für dich und für alle tätig sein können, brauchen sie diese Unterstützung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Als Nächster hat Herr Abgeordneter Franz Bergmüller von der AfD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Über das Ehrenamt haben wir zuletzt am 16.05. im Rahmen der Haushaltsdebatte gesprochen. Über genau dieses Thema haben wir ab 9 Uhr gesprochen. Damals habe ich dieselben Summen gefordert. Herr Zellmeier, wenn Sie sagen, die sind überhöht, dann sage ich Ihnen Folgendes: Ich bin auch im Sportverein. Ich war selbst Jugendtrainer und vieles mehr. Sie sind unrealistisch. Nehmen wir doch mal die Auslagen. Wenn ich als A-Jugendtrainer dreimal in der Woche im Einsatz bin, dann ist die Übungsleiterpauschale im Vergleich zu dem, was jemand in derselben Zeit als Aushilfslohnkraft auf 450-Euro-Basis verdienen kann, kein Betrag. Deshalb bin ich der Meinung, dass das steuerfrei gestellt werden soll, damit dieses Ehrenamt entsprechend honoriert wird. Ich glaube, das ist bei der Bevölkerung Anerkennung wert. Dasselbe gilt für die Ehrenamtspauschale. Ich war auch jahrelang Vorstand eines Vereins. Wenn ich überlege, wie viel Zeit man da reinsteckt – du findest ja heute kaum mehr Vereinsvorstände –, bin ich der Meinung, dass man diese Ehrenamtspauschale auf alle Fälle erhöhen muss. Meistens übernehmen das die Aktiven, die das dann unter "sonstige Einkünfte" versteuern müssen, was über die Auslagen hinaus ersetzt wird. Da bin ich der Meinung, das müsste man auf alle Fälle auch erhöhen.

Zur Haftpflichtversicherung, Herr Zellmeier: Glauben Sie mir, ich kenne mich schon darin aus und weiß, was Haftpflichtversicherung bedeutet. Ein CSU-Bürgermeister aus meiner Nachbargemeinde hat vorgeschlagen, zukünftig in der Gemeinde für die Verantwortlichen in den Vereinen die Haftpflichtversicherung zu bezahlen, damit sie die Aufgabe eher übernehmen. Sie sehen also, ich höre mich auch in Ihrer Partei um, nachdem ich früher ja auch einmal bei euch war, was die da so sagen. Ich nehme das gerne auf und bringe es in die Debatte ein. Sie sagen es jetzt anders. – Das ist in Ordnung. Ich nehme es zur Kenntnis. Ich meine, dass unser Antrag weiter geht. Ihr Antrag ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich danke, dass sie den Gedanken aus der Haushaltsdebatte aufgreifen. Herzlichen Dank, auf Wiedersehen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bergmüller. – Ich darf von der Fraktion der GRÜNEN Frau Kollegin Eva Lettenbauer aufrufen. Bitte schön, Frau Lettenbauer.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Ich will den Anfang meiner Rede nutzen, um den über 5,2 Millionen bürgerschaftlich Engagierten von 13 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern hier in Bayern Danke zu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie alle übernehmen in den Feuerwehren, der Wasserwacht, in den Sportvereinen, in den Freifunk-Initiativen, in den Helferkreisen, in Musikkapellen, in den karitativen Einrichtungen, in den Kirchen und an ganz vielen Orten Verantwortung. Manche setzen sich zu jeder Tages- und Nachtzeit für ihre Mitmenschen ein. Das ist gelebte Solidarität. Diese Menschen sind ein ganz wichtiger Bestandteil des nötigen Kitts, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Dafür gebührt ihnen ganz große Anerkennung, unser Respekt und unser Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir unterstützen daher eine noch bessere steuerliche Anerkennung für alle Menschen, die ehrenamtlich aktiv sind. Wir GRÜNEN stimmen der Erhöhung der Ehrenamtspauschale von 720 Euro auf 840 Euro zu und auch der Anhebung des Übungsleiterbeitrags von 2.400 Euro auf 3.000 Euro. Damit würden erste Verbesserungen für ehrenamtlich aktive Menschen in Bayern entstehen.

Es ist aber leider nicht alles Gold, was glänzt. Ich habe vorhin gesagt, dass die Ehrenamtlichen zu dem Kitt beitragen, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Das ist nötig, weil der Sozialstaat oder vielmehr die Bayerische Staatsregierung nicht in der Lage ist, die sozialpolitischen Hausaufgaben zu machen. Ohne die Ehrenamtlichen entstünden in ganz vielen Bereichen riesige Lücken. Der Staat ist aber doch in der Pflicht, grundlegende Fürsorge und gemeinwohlorientierte Arbeit abzudecken und damit die Ehrenamtlichen zu entlasten. Sie, die Staatsregierung, laden vielerorts die Verantwortung des Staates auf dem Rücken der Ehrenamtlichen ab. Oft springen Ehrenamtliche dort ein, wo der Staat seiner gesellschaftlichen Verantwortung als Sozialstaat nicht nachkommt. Schauen Sie sich die Helferinnen und Helfer in den Helferkreisen für geflüchtete Menschen an. Sie waren und sind eine wesentliche Stütze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da geht es gar nicht, wenn die Staatsregierung die Ehrenamtlichen bei der Gestaltung von Deutschkursen für Geflüchtete alleinlässt und monatelang Mittel nicht auszahlt. Schauen sich aber auch die Menschen an, die beispielsweise bei den Tafeln Nahrungsmittel bereitstellen. Jedes einzelne dieser Engagements ist total wertvoll. Deshalb noch einmal an dieser Stelle: Großen Respekt und herzlichen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sollten uns in Zukunft aber noch weitere Gedanken darüber machen, wie wir breitere Teile der Bevölkerung für das Ehrenamt begeistern können. Das können wir nur

erreichen, wenn der Staat das Engagement der Bürgerinnen und Bürger unterstützt, und zwar nicht nur finanziell. Diese Unterstützung und Beratung sollte pragmatisch und praxisgerecht sein.

Künftig muss es aber auch um eine wirksamere Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements von Menschen gehen, die im Niedriglohnssektor arbeiten. Sie profitieren nämlich nicht von Steuerfreibeträgen, da sie entweder wenig oder gar keine Steuern zahlen. Aufwandsentschädigungen und der Ersatz von persönlichen Auslagen sind für sie viel wichtiger und sollten daher Priorität haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz wichtig sind auch Freistellungen während der Arbeitszeit für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und für ehrenamtliche Rettungskräfte. Das muss doch endlich einmal umfassend möglich werden. Das sollte auch für Trainings- und Ausbildungszeiten gelten.

Wichtig ist mir auch festzuhalten, dass bürgerschaftliches Engagement in keinem Fall reguläre Arbeitsstellen ersetzen darf. Es ist eine zusätzliche Tätigkeit mit einem eigenen Wert. Eine Monetarisierung des Ehrenamtes, beispielsweise in der Pflege, darf es nicht geben. Wir setzen uns dafür ein, dass es die dringend benötigten Fachkräfte in ausreichender Zahl gibt und dass diese auch gut bezahlt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zudem hat der historisch gewachsene Unterschied zwischen Übungsleiterpauschale und Ehrenamtspauschale keinen sachlichen Grund. Wir wollen, dass die Ehrenamtspauschale auf den Wert der Übungsleiterpauschale angehoben wird und zum Beispiel eine ehrenamtliche Rettungssanitäterkraft für das getätigte wertvolle gesellschaftliche Engagement eine gleich hohe Aufwandsentschädigung erhalten kann.

Deshalb: Ja, lassen Sie uns zusammen das Ehrenamt stärken. Lassen Sie uns dabei aber nicht vergessen, dass es auch Aufgabe des Staates ist, Daseinsvorsorge zu be-

treiben. Mit dieser doppelten Ausrichtung können wir es schaffen, Bayern ein Stück weit solidarischer und gerechter zu machen und auch den ehrenamtlich aktiven Mitbürgerinnen und Mitbürgern entlastend zur Seite zu stehen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich danke Frau Kollegin Lettenbauer. – Als nächste Rednerin rufe ich Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion auf. Frau Abgeordnete Waldmann, bitte schön.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ohne das Ehrenamt ist die Gesellschaft, ist aber auch die Politik aufgeschmissen. Wir haben eine Kultur des Ehrenamtes in Deutschland und auch in Bayern, um die wir von vielen Ländern beneidet werden. Die Leistungen des Ehrenamts und der Freiwilligen sind unersetzlich. Deswegen ist es angemessen, wenn sich Staat und Politik überlegen, wie sie fördern können und wie die Förderung angepasst und entwickelt werden kann. Wir werden daher einer angemessenen Erhöhung des Übungsleiterfreibetrags und der Ehrenamtspauschale zustimmen, so wie im CSU-Antrag vorgesehen.

Der Vorschlag der AfD ist allerdings nicht angemessen. Ich wundere mich, dass in der Diskussion Folgendes bisher noch nicht genannt wurde: Der Freibetrag bedeutet, dass alle Ausgaben, die zur Ausübung des Amtes anfallen, ohne Nachweis bis zu dem – jetzt hoffentlich angehobenen Betrag – steuerfrei angerechnet werden können. Wenn man aber Ausgaben nachweist, dann ist auch für höhere Ausgaben keine Deckelung vorgesehen. Die Ausgaben können komplett steuerfrei gestellt werden, man muss sie halt nur nachweisen. Das gilt nach wie vor.

Ein zweiter Punkt: Kleinere Vereine können sich derartig hohe Übungsleiterpauschalen in der Regel gar nicht leisten. Sie geraten unter Druck, wenn sie nachweisen müssen, dass es sich nicht doch um einen Minijob handelt. Für alle Förderungen ist Voraussetzung, dass die Übungsleiter per Gesetz eine ehrenamtliche Aufgabe für das

Gemeinwohl ausüben und dass die Übungsleiterpauschalen keine gehaltsartigen Entschädigungen sind. Das zentrale Merkmal unseres Ehrenamtes ist die Freiwilligkeit.

Zum CSU-Antrag noch eines: Die Konferenz der Finanzminister der Länder hat gerade jetzt im Mai eine Erhöhung auf 3.000 Euro gefordert, wie Sie es auch in Ihrem Antrag fordern. Ein entsprechender Gesetzentwurf des Bundesfinanzministers kommt noch in diesem Jahr. Daher stellt sich ein wenig die Frage nach der Dringlichkeit dieses Antrages. Wir hoffen sehr, Sie wollen nicht nur den Eindruck erwecken, dass die Erhöhung allein Ihr Verdienst wäre. In der Tat ist im Bund dafür schon vorgearbeitet worden. In der Sache ist das Anliegen aber richtig, und deswegen werden wir es auch unterstützen. Uns ist es wichtig, dass es beim Ehrenamt nicht nur ums Bezahlen geht. Wir haben auch Anträge und Gesetzentwürfe zur Stärkung des Ehrenamts vorgelegt, die leider noch nicht Ihre Zustimmung gefunden haben. Das kann aber vielleicht noch werden.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Frau Kollegin Waldmann. – Ich darf Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion aufrufen. Frau Abgeordnete, bitte schön.

Julika Sandt (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In Bayern engagieren sich rund 47 % der Menschen im Alter über 14 Jahre ehrenamtlich, sei es im Sport, in der Kultur, in der Jugendarbeit, in der Elternarbeit, in den Rettungsdiensten oder auch in der Politik. Wir haben es schon gehört: Das Ehrenamt ist eine ganz wichtige Stütze für unsere Gesellschaft. Ohne das Ehrenamt geht es praktisch nicht.

Marie von Ebner-Eschenbach hat gesagt: "Wenn jeder dem anderen helfen wollte, wäre allen geholfen." In dem Zusammenhang möchte ich mich auch im Namen der FDP-Fraktion bei allen Ehrenamtlichen in Bayern ganz herzlich bedanken.

Die Staatsregierung sollte sich den Problemen zuwenden, die sie hier vor Ort in Bayern lösen kann. Sie soll nicht ihre eigenen Probleme auf die Ehrenamtlichen abwälzen. Sie soll nicht schauen, wie Ehrenamtliche den Staat entlasten können. Das tun sie ohnehin in sehr hohem Maße. Sie soll vielmehr fragen, wie der Staat die Ehrenamtlichen entlasten kann. Sie soll staatliche Aufgaben nicht den Ehrenamtlichen vor Ort aufbürden.

Das Anliegen des Antrags ist natürlich richtig, und dieses Anliegen unterstützen wir auch. Gestern haben wir in der Fraktionssitzung mehr oder weniger aus Spaß gefragt: Können wir nicht noch eine Schippe drauflegen? – Wir haben uns aber gedacht, das wäre ein schlechter Stil. So haben die FREIEN WÄHLER viele Jahre lang Politik gemacht. Einfach noch einmal die Summe zu ändern, wäre ein bisschen primitiv gewesen. Insofern musste ich heute etwas lachen, als ich den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag gesehen habe, den wir natürlich nicht unterstützen, weil das nur ein lächerliches Verhalten ist.

Zum Antrag der CSU: Wir stimmen ihm zwar zu. Man muss es sich aber auf der Zunge zergehen lassen: Die Regierungsfraktion möchte, dass der Landtag die eigene Staatsregierung auffordert, ihre Parteifreunde auf Bundesebene aufzufordern, etwas für die Ehrenamtlichen zu tun. Ich glaube, damit fallen Sie Ihren Parteifreunden auf Bundesebene mächtig in den Rücken, denn Sie demonstrieren damit, dass die nicht alleine auf diese Idee kommen. Wir helfen Ihren Parteifreunden auf Bundesebene gerne auf die Sprünge. Wir unterstützen diesen Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Sandt, ich bedanke mich für Ihren Beitrag und darf jetzt für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Frau Eva Gottstein aufrufen, die auch Ehrenamtsbeauftragte der Staatsregierung ist. Bitte schön.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD ist abzulehnen. Er ist realitätsfern, vielleicht ent-

spricht er aber dem Umgang mit Zahlen in der eigenen Fraktion. Er ist oberflächlich vorbereitet, weil es die Haftpflichtversicherung bereits gibt. Bei der Begründung machen Sie es sich bei der Frage, warum das Ehrenamt Nachwuchsprobleme hat, zu einfach. Wir haben einen Generationenwechsel zu bewältigen. Wir haben gesellschaftliche Veränderungen in der Ausgangsposition, im Beruf, in der Familie und überhaupt in der Einstellung zum Ehrenamt. Daran arbeiten wir. Es geht nicht um Bürokratie, an deren Abbau sowieso gearbeitet wird.

Ich freue mich besonders in meiner Funktion als Beauftragte der Staatsregierung für das Ehrenamt über den Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER, mit dem die steuerliche Anerkennung des Ehrenamts aktualisiert und an die Verhältnisse des Jahres 2019 angepasst werden soll. Vor einigen Wochen habe ich in einem Brief an die beiden Fraktionsvorsitzenden Kreuzer und Streibl als Ehrenamtsbeauftragte darum gebeten, in dieser Sache auf Bundesebene nochmals tätig zu werden. Das geschieht hiermit, und dafür bedanke ich mich.

Zur Bemerkung der SPD: Genau daran sieht man, dass etwas geschehen ist, dass wir auf bayerischer Ebene noch einmal auf die Bundesebene eingewirkt haben. Zur Kollegin von der FDP: Genau deswegen ist es wichtig, dass der Landtag hinter der Bayerischen Staatsregierung steht, damit sie bei der Bundesregierung entsprechend auftreten kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, ein noch viel größeres Dankeschön den vielen Ehrenamtlichen in unserem Land auszusprechen, deren Tätigkeit sicher nicht mit Geld aufzuwiegen ist. Mit der Bemerkung der Kollegin Lettenbauer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe ich ein gewisses Problem, weil sie das Ehrenamt mehr oder weniger als Lückenfüller für Leistungen, die der Staat nicht erbringt, hingestellt hat. Damit hat sie den tieferen Sinn des Ehrenamtes nicht erkannt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

Gerade weil das Ehrenamt der Kitt unserer Gesellschaft ist und weit über den materiellen Wert hinausgeht, weil es das Netzwerk und die Bindungen schafft, die wir über Facebook usw. nicht schaffen können, und weil das Ehrenamt eine innere Wertegemeinschaft darstellt, ist es natürlich richtig, dass wir ihm zumindest steuerrechtlich den richtigen Wert zumessen. Deswegen noch einmal Danke für diesen Antrag, der genau dazu führt, dass die Zahlen den Verhältnissen des Jahres 2019 angepasst werden. Das ist nur recht und billig. Man kann es in einem Wortspiel sagen: Die Ehrenamtlichen sind uns eben teuer, aber nicht in dem Sinn, dass sie uns etwas kosten, sondern in dem Sinn, dass sie wertvoll und unbezahlbar sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Kollegin Gottstein. – Herr Staatsminister Dr. Reichhart hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Ehrenamt ist das Fundament unserer Gesellschaft. Es ist der Kitt, der vieles zusammenhält. Deswegen ist uns das Ehrenamt auch lieb und teuer. Deswegen sollten wir dem Ehrenamt mit dem begegnen, was es verdient hat, nämlich mit Respekt, Anerkennung und vor allem auch der nötigen finanziellen Unterstützung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Freistaat Bayern sind viele Bürgerinnen und Bürger im Ehrenamt tätig. Vieles würde ohne das Ehrenamt in der Art und Weise, wie es in Bayern gelebt wird, nicht funktionieren. Vieles wäre im gesellschaftlichen Miteinander nicht möglich, wenn wir nicht die Bereitschaft vieler hätten, sich in den Abendstunden oder nachmittags, zu Zeiten, zu denen andere an Badeseen liegen oder im Biergarten oder wo auch immer sitzen, für den Nachbarn und den Nächsten

zu engagieren und nicht dabei das eigene Wohl, sondern das Gemeinwohl und das, was unsere Gesellschaft prägt, in den Vordergrund zu stellen.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen hat der Freistaat Bayern als erstes Land der Bundesrepublik Deutschland das Ehrenamt 2013 als Staatsziel in die Bayerische Verfassung aufgenommen. Ich glaube, das ist ein deutliches Zeichen, ein Zeichen dafür, dass wir nicht nur reden, sondern auch handeln. Es ist ein Zeichen dafür, dass wir in Bayern bereit sind, mehr zu machen, wenn die anderen Länder auch bereit wären, mitzumachen. Dazu gehört auch, dass wir im Steuerrecht Privilegien einräumen und Vergünstigungen schaffen, die schon lange überfällig sind. Denn seit dem Jahr 2013 sind der Übungsleiterfreibetrag und die Ehrenamtszuschale leider unverändert. Wir alle, die wir nebenbei noch im Ehrenamt tätig sind, wissen, was es bedeutet, dieses Ehrenamt zu pflegen, und was man dabei nicht nur an Zeit, sondern auch an eigenen finanziellen und materiellen Ressourcen investiert. Deswegen hoffe ich, dass wir nunmehr zu einem Ergebnis kommen, dass wir diese Erhöhung erreichen, wie es im Antrag der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER aufgeführt ist, von 2.400 Euro auf 3.000 Euro beim Übungsleiterfreibetrag und von 720 Euro auf 840 Euro bei der Ehrenamtszuschale, dass wir damit auch diesen großen Konsens in der Bundesregierung endlich herstellen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, leider wurden in der Vergangenheit Anträge, die sogar den Bundesrat passiert hatten, dann leider im Bundesfinanzministerium gestoppt – mal wieder –, aus welchen Gründen auch immer. Deswegen würde ich mir sehr wünschen, dass wir diesen Beschluss der Finanzministerkonferenz nun endlich umsetzen können, dass das Bundesfinanzministerium endlich einen Gesetzentwurf vorlegt, der das Ehrenamt wirklich würdigt und dem Stellenwert des Ehrenamts gerecht wird, dass wir dementsprechend auch in der großen Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, die sich die Koalition auf Bundesebene vorgenommen hat, zu einem guten Ende kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hoffen und warten darauf. Wir werden uns auch als Bayerische Staatsregierung mit allem Nachdruck dafür einsetzen, dass das Ehrenamt weiter gefördert wird, dass wir weiterhin diese Anerkennung bekommen, die nötig ist. Ich weiß, das Finanzielle ist nie der Beweggrund dafür, ehrenamtlich tätig zu werden. Aber damit kann eine staatliche Anerkennung geleistet werden. Deswegen begrüße ich ausdrücklich den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Ich bitte Sie um Unterstützung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, auch nicht zu Zwischenbemerkungen. Das heißt, wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/2348 – das ist der Antrag der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen einschließlich des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) mit Ausnahme der AfD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit komme ich zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/2376 – das ist der Antrag der AfD-Fraktion. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Gegenstimmen! – Das sind alle übrigen Fraktionen. Enthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Helmut Markwort, Julika Sandt und anderer und Fraktion (FDP) betreffend "Keine Entmachtung des Parlaments durch Indexierung des Rundfunkbeitrags", Drucksache 18/2347, bekannt. Mit Ja haben 30 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 102; es gab 36 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)